

## Geldsachen und die Macht

Attila Kiraly

Geld macht nicht glücklich, aber es beruhigt“, sagte man früher. Es sollte beruhigend wirken für diejenigen, die nicht so viel davon hatten. Jetzt beunruhigen die Turbulenzen der Finanzmärkte. In der *Süddeutschen Zeitung* schreibt Heribert Prantl: „Die Form des Kapitalismus, die man ‚Turbo-Kapitalismus‘ genannt hat, widerlegt, zerlegt und besiegt sich gerade selbst.“ In der *Frankfurter Rundschau* heißt es, jeder der sehen und lesen könne, müsse vom Glauben abfallen, „vom Glauben an die Überlegenheit freier Märkte“. Die Soziologin Saskia Sassen vergleicht die Finanzspekulant mit einem „Floh, der von einem Wirt zum nächsten hüpf“. US-Senator Jim Bunning aus Kentucky erklärt: „Der freie Markt ist tot.“ Das niederländische *NRC Handelsblad* stellt fest: „Der Nachsommer 2008 wird in die Geschichte eingehen als der Moment, an dem die letzte politische Ideologie des 20. Jahrhunderts ihren Untergang erlebte. Rund zwanzig Jahre nachdem der Kommunismus definitiv besiegt schien, erscheint auch der Sieger von damals als Verlierer. Beide Lager des Kalten Krieges haben versagt. Es wird noch ein paar Jahre dauern, bis sich der Bankrott auskristallisiert. Dann wird das 20. Jahrhundert definitiv vorbei sein, genauso wie es bis 1914 dauerte, bis das 19. Jahrhundert vorbei war.“

Das alles sind keine kommunistischen Thesen, sondern Sachaussagen. Die groß angelegte Schuldenmacherei hatte in den USA in der Schlußphase des Kalten Krieges begonnen. Unter Präsident Reagan wurden die letzte Phase des Wettrüstens des Kalten Krieges und die breit angelegten Steuergeschenke für die Reichen mittels Verschuldung des Staatshaushaltes finanziert. Diese Schulden wurden dann auf den internationalen Finanzmärkten verkauft. Später wurden auch Unternehmenskredite, Privatkredite, Kreditkartenschulden, Autokredite und Hypotheken auf Häuser in sog. Finanzmarktinnovationen verwandelt und gehandelt. Die Forderungen, also noch nicht bezahlte Schulden, galten als Sicherheit für weitere Schulden. Es wurde ein Pyramidenspiel geschaffen, das eine ständige Ausweitung des „Marktes“ brauchte. So bekamen auch Kreditkarteninhaber und Häuslebauer in den USA billige Kredite, die sich

das eigentlich nicht leisten konnten – und die unteren Mittelschichten kamen in den Genuss von Liquidität in Zeiten, da die fordistischen Versorgungsinstitutionen neoliberal demontiert wurden. Damit schien die „letzte politische Ideologie des 20. Jahrhunderts“ auch für sie von Vorteil.

Das ist nun wohl alles Geschichte. US-Präsident Bush hat sich bemüht, ein 700-Milliarden-Dollar-Paket für die Stützung des Finanzsystems in den USA zu schaffen. Im ersten Anlauf fiel es im Kongress durch, rechte Argumente fielen gegen den Staat und liberale gegen den Versuch, alles ohne parlamentarische Kontrolle in die Hand der Exekutive zu geben. Ein nächster Anlauf soll es bringen. Zugleich forderte die US-Regierung die anderen G-7-Staaten auf, sich an dem Paket zu beteiligen. Auch Obama, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, betonte: „Dies ist eine globale Krise. Die USA müssen darauf bestehen, dass sich andere Staaten uns anschließen ...“ Die demokratische Variante wird die Wahrnehmung imperialer Interessen der USA wohl auch nicht aus den Augen verlieren.

Die Finanzminister der G7 lehnten jedoch ab. Bundeskanzlerin Merkel betonte, es müsste eingehalten werden, was verabredet wird, Bundeswirtschaftsminister Glos sagte: „Jeder kehrt vor seiner Tür“. Bei allem Reden über die Finanzkrise, niemand hat jetzt über die Rüstungsausgaben gesprochen. Nach dem „11. September“ wurden die Militärausgaben drastisch erhöht und überstiegen im Jahre 2006 weltweit wieder die Marke von 1.200 Milliarden Dollar: Das war die Größenordnung am Ende der Block-Konfrontation. Fast die Hälfte davon entfällt auf die USA, im Haushaltsjahr 2008 rund 647 Milliarden Dollar. Das ist eine Verdopplung seit 2001.

Die Finanzkrise wird auch vor den Staatsausgaben der USA nicht haltmachen. Die Pointe des berühmten Buches von Paul Kennedy: „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ war die „sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen“. Insofern hat die Entscheidung der anderen G7-Staaten, die USA ihren Schulden zu überlassen, weitreichende Bedeutung. Trotz aller proamerikanischen Bekundungen der Kanzlerin.